

URL: <http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Unland-verteidigt-Eintrittsgeld-fuer-Pillnitzer-Schlosspark-artikel7885552.php>

erschienen am 24.01.2012: Freie Presse

## Unland verteidigt Eintrittsgeld für Pillnitzer Schlosspark

**"Wir brauchen die Einnahmen, um die Leistungen, die dort notwendig sind, erbringen zu können"**



Dresden (dapd-IsC). Finanzminister Georg Unland (CDU) hat die Kritik am geplanten Eintrittsgeld für den Schlosspark Pillnitz zurückgewiesen. "Wir brauchen die Einnahmen, um die Leistungen, die dort notwendig sind, erbringen zu können", sagte Unland am Dienstag der Nachrichtenagentur dapd.

Wie in den Parkanlagen Großsedlitz und Lichtenwalde bereits üblich, werde auch in Pillnitz ein Eintritt fällig. Daran könne auch die Tradition nichts ändern, dass der Eintritt bislang kostenlos war. "Kostenloser Eintritt war früher auch anderswo üblich, das konnte aber auch nicht

aufrechterhalten werden."

"Ich glaube, wir haben in den nächsten Jahren ganz andere Probleme zu lösen", sagte Unland. Der Freistaat erwarte für die kommenden Jahre sinkende Transfermittel, die auch durch mehr Steuereinnahmen nicht ganz ausgeglichen werden könnten. "Wir können uns also nicht mehr alles leisten, was wir uns bisher geleistet haben", sagte Unland. Der Freistaat könne den fehlenden Betrag daher nicht übernehmen.

Ortsansässige Geschäftsleute hatten die Pläne kritisiert, weil sie Umsatzeinbußen fürchten. Auch Linkspartei und SPD wandten sich gegen ein Eintrittsgeld für den Park im Dresdner Elbtal, der jährlich bis zu 800.000 Besucher anlockt. Eine der Sehenswürdigkeiten ist eine über 250 Jahre alte Kamelie, die knapp neun Meter hoch und elf Meter breit ist.

Für den Schlosspark wird ab April Eintritt verlangt. Tagesgäste müssen laut Staatsbetrieb Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen dann zwei Euro zahlen, die Jahreskarte wird acht Euro kosten, für Kinder und Jugendliche bis 17 Jahren bleibt der Eintritt frei. Damit soll die Finanzierung des laufenden Betriebs sichergestellt werden. Um den Park ordnungsgemäß zu pflegen, werden rund 500.000 Euro zusätzlich gebraucht.

dapd